

# BIW *Aktuell*

- Der Informationsbrief der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT -

3. Jahrgang

Ausgabe 1/2006

25.02.2006

---

## In dieser Ausgabe lesen Sie:

Friedbert Pflüger CDU-Spitzenkandidat für Berlin .....	1
Steuerchaos in Deutschland.....	3
Aus der Rechtsprechung: Trunkenheit.....	4
Kurz notiert .....	5
In eigener Sache .....	6
Der gute Rat .....	6
Zu guter Letzt.....	6
Impressum.....	7

## Friedbert Pflüger CDU-Spitzenkandidat für Berlin

Nach monatelangem Gezerre hat die Berliner CDU nun endlich ihren Spitzenkandidaten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus im September 2006 gefunden. Sein Name: Friedbert Pflüger, 50, seit 1971 Mitglied der Union und derzeit Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung. Für die CDU an der Spree ist Pflüger allerdings nur zweite Wahl. Ihr Wunschkandidat war Klaus Töpfer, zuletzt Exekutiv-Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi. Doch der winkte nach langem Hin und Her Anfang Januar schließlich ab. Also mußte sich CDU-Landeschef Ingo Schmitt auf die Suche nach einem Herausforderer für den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) machen, der seit 2001 in einer Koalition mit der sozialistischen Linkspartei/PDS die Geschicke der Hauptstadt lenkt.

Pflüger gehört – ebenso wie Töpfer – dem linken Flügel der CDU an. Dieses „liberale

Profil“ entspricht den Wünschen der Berliner Union, die sich gerne als eine „moderne Großstadtpartei“ gerieren möchte und dabei das Vorbild der Hamburger CDU mit Ole v. Beust im Auge hat. Außerdem kann Pflüger auch auf gewisse Berlin-Erfahrungen verweisen, war er doch von 1981 bis 1984 enger Mitarbeiter des damals Regierenden Bürgermeisters Richard v. Weizsäcker. Pflüger ist aber auch ein treuer Gefolgsmann von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich nach der Absage Töpfers persönlich für Pflüger als Spitzenkandidaten ihre Partei in Berlin stark gemacht hat. Und das kommt nicht von ungefähr. Denn mit Friedbert Pflüger könnte in Berlin gelingen, was Merkel nach den Bundestagswahlen wegen des massiven Widerstands der CSU noch verwehrt blieb: Eine sogenannte Jamaika-Koalition unter Beteiligung von FDP und GRÜNEN. Nachdem CDU und Liberale bedingt durch die Stimmeneinbußen der Union auch auf Länderebene allein zunehmend Schwierig-

keiten haben, regierungsfähige Mehrheiten zustandebringen, brauchen die Christdemokraten eine neue strategische Option jenseits der großen Koalition. Und die wird von den Vordenkern im Konrad-Adenauer-Haus in der „schwarzen Ampel“ gesehen. Die Tragfähigkeit einer solchen Bündniskonstellation, die in vielen Kommunen bereits Alltag ist, soll nun auf Länderebene ausgetestet werden. Im Erfolgsfall kann dieses Modell mittelfristig auch im Bund realisiert werden.

Für einen solchen Test ist Berlin ein ideales Terrain. Denn hier kann der Weg zurück zur Regierungsverantwortung – wenn überhaupt – für die Union nur über eine Koalition mit FDP und GRÜNEN führen. Laut Meinungsumfragen kommt die CDU in der Hauptstadt aktuell nur auf einen Stimmenanteil zwischen 19% und 23%. Die Freien Demokraten erreichen magere 7%. Schwarz-Gelb allein ist also zu schwach, um die rot-rote Koalition unter dem populären Bürgermeister Klaus Wowereit aus dem Sattel zu heben. Und ein Bündnis von CDU und Sozialdemokraten wie im Bund wird mit dem SPD-Linken Wowereit nicht zu machen sein. Einen Machtwechsel kann es in Berlin also nur dann geben, wenn es der Union gelingt, die GRÜNEN mit ins Boot zu holen. Man blickt also nach links, und zwar auch deshalb, weil sich auf der politischen Rechten für die Hauptstadt-CDU keinerlei Alternativen anbieten. Die diversen rechten Kleinparteien, die ihre Teilnahme an den Senatswahlen angekündigt haben, haben weder eine realistische Chance, die 5%-Hürde zu überwinden noch kommen sie für die CDU als Bündnispartner in Betracht. Das liegt sowohl an den programmatischen Forderungen als auch am Personal, dem es nicht nur an Kompetenz, sondern auch politischer Seriosität fehlt. Eine ernstzunehmende bürgerlich-konservative Kraft nach dem Vorbild der Schill-Partei, die der Union eine Bündniskonstellation rechts der Mitte aufzeigen könnte, ist derzeit nicht in Sicht – weder in Berlin noch im Bund. Also bleibt der Union nur die Perspektive der „Schwampel“. Und für die steht Spitzenkandidat Friedbert Pflüger, dem nicht nur ein gutes Verhältnis zur

FDP, sondern auch beste Beziehungen zu den GRÜNEN in der Hauptstadt nachgesagt werden.

Ausgehend von aktuellen Meinungsumfragen stehen die Chancen eher schlecht, daß CDU, GRÜNE und FDP im Herbst zusammengekommen mehr Stimmen erringen werden als die in Berlin regierende Linkskoalition unter Wowereit. Dennoch ist das Signal, das die Union mit der Berufung Pflügers zum Spitzenkandidaten in der Hauptstadt aussendet, klar: Auf der Suche nach neuen Mehrheiten in den Ländern orientiert sich die CDU nach links, auch programmatisch. Denn natürlich wird man die GRÜNEN nur dann als Partner gewinnen können, wenn man auch zu inhaltlichen Zugeständnissen bereit ist. Das gilt weniger für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der die GRÜNEN heute vielfach eher liberale denn linke Positionen vertreten, wohl aber für die Ausländer- und Zuwanderungspolitik. Eine Hinwendung zu den GRÜNEN dürfte der Merkel-CDU in dieser Frage nicht einmal schwerfallen. Schließlich fordern auch die Lobbyverbände der Wirtschaft, mit der die Union eng verbunden ist, eine Liberalisierung der Ausländerpolitik und die Öffnung der Grenzen für mehr Zuwanderung, um so den für die Zukunft behaupteten Personal-mangel zu kompensieren. Welche Folgen es hätte, wenn die Union in der Migrationspolitik nach links rücken würde, läßt sich vor dem Hintergrund der schon heute massiven Integrationsprobleme in Deutschland nur erahnen. Und daß ein schwarz-grünes Modell ausgerechnet in Berlin seinen Ausgang nehmen könnte, wo das Scheitern der multikulturellen Utopie besonders offensichtlich ist, mutet geradezu grotesk an.

Der BIW meint: Wenn es nicht rasch gelingt, in Deutschland eine neue bürgerlich-konservative Partei zu etablieren, die voll auf dem Boden des Grundgesetzes steht und damit für die Union als Koalitionspartner akzeptabel ist, wird jedenfalls die CDU unweigerlich immer weiter nach links driften – und mit ihr das gesamte Parteienspektrum. Der Union

bleibt allein schon aus machtpolitischen Erwägungen auch gar keine andere Wahl. Das bestehende Vakuum läßt sich tatsächlich nur durch eine neue politische Kraft füllen. Ein Bündnis aus bereits existierenden Klein- und Kleinstparteien ist dagegen zum Scheitern verurteilt. Denn die zahlreichen Gruppierungen, die sich heute im rechten Spektrum tummeln, sind politisch längst „verbrannt“ und auch vereint in einer gemeinsamen Partei schon wegen der „bewegten“ Vergangenheit vieler ihrer Funktionäre als

möglicher Regierungspartner für die Union indiskutabel. Und in der Opposition sind die Einflußmöglichkeiten verschwindend gering, zumal rechte Parteien hier ohnehin nur eine geringe Halbwertszeit haben, wie die Erfahrungen der bundesrepublikanischen Politikgeschichte lehren. Der BIW wird sich an solchen letztlich fruchtlosen Bündnisdiskussionen denn auch nicht beteiligen, sondern an seinem Ziel, in Deutschland eine neue bürgerlich-konservative Partei zu schaffen, unbeirrt festhalten.

## Steuerchaos in Deutschland

In der ersten Hälfte eines jeden Jahres steht für Millionen von Bürgern und Unternehmen eine unangenehme Pflicht auf dem Programm: Die Erstellung der Steuererklärung, die üblicherweise bis Ende Mai beim zuständigen Finanzamt einzureichen ist. Und wieder gilt es, sich seinen Weg durch den deutschen Steuerdschungel zu bahnen, der mit seinen 205 Gesetzen und Verordnungen, rund 96.000 Verwaltungsvorschriften und einer ebenso großen Zahl von Finanzgerichtsentscheidungen schier undurchdringlich ist. Kein Wunder also, daß nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft 90% der abgegebenen Steuererklärungen fehlerhaft sind. In den meisten Fällen steht nicht böse Absicht, sondern schlicht Unkenntnis der intransparenten gesetzlichen Regelungen dahinter. Aus Furcht, Fehler zu machen und Opfer eines drakonischen Steuerstrafrechts zu werden, nehmen immer mehr Steuerzahler die Hilfe eines Steuerberaters in Anspruch – ein Berufszweig, der hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten einen ungeheuren Boom erlebt hat: Gab es 1965 rund 25.000 Steuerberater in Deutschland, hat sich deren Zahl seitdem auf mehr als 71.000 nahezu verdreifacht. Und auch Steuerfachverlage können sich freuen. Schließlich beschäftigt sich 70% der weltweiten Steuerliteratur mit dem deutschen Steuerrecht.

In der Politik wird bereits seit mehr als 40 Jahren quer durch alle Parteien über die

Notwendigkeit diskutiert, das deutsche Steuerrecht zu vereinfachen, um es auch für den Normalbürger wieder verständlich zu machen. Geschehen ist freilich nichts, von vollmundigen Absichtsbekundungen in Sonntagsreden einmal abgesehen. Visionäre wie Gunnar Uldall, Friedrich Merz und zuletzt Paul Kirchhof, die Modelle für ein radikal vereinfachtes Steuersystem entwickelt haben, sind von Besitzstandswahrern und Lobbyisten kaltgestellt oder wegge mobbt worden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es zweifelhaft, ob das derzeit von der Stiftung Marktwirtschaft unter Beteiligung führender Politiker erarbeitete neue Steuergesetzbuch, das ebenfalls auf eine Vereinfachung der Regelungen zielt, jemals Realität werden wird – zumal die Große Koalition ihre Reformfreude auf diesem Feld erst noch unter Beweis stellen muß. Die ersten Entscheidungen der neuen Regierung deuten jedenfalls nicht darauf hin, daß Schwarz-Rot mit der längst überfälligen Vereinfachung des deutschen Steuerrechtes nun endlich ernst machen will. So ist der zwischen CDU/CSU und SPD gefundene Kompromiß zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten derart kompliziert, daß sich darüber nur Steuerberater wirklich freuen können. Bereits im Dezember verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf für das „Gesetz zur Eindämmung mißbräuchlicher Steuergestaltungen“. Sollte die Vorlage wie erwartet Bundestag und

Bundesrat passieren, werden zukünftig Hunderttausende von Klein- und Mittelständlern ein Fahrtenbuch für ihren auch privat genutzten Geschäftswagen führen müssen. Das bedeutet einen erheblichen und kostenintensiven bürokratischen Mehraufwand für die Betroffenen.

Kleingewerbetreibende und Freiberufler, die ihren Betriebsgewinn mit Hilfe der sog. Einnahmen-Überschußrechnung ermitteln, sind für den Veranlagungszeitraum 2005 erstmals dazu verpflichtet, zusätzlich ein neues vierseitiges Formular ausfüllen, das der Steuererklärung beizufügen ist. Daß auch dieser bereits im Vorfeld stark umstrittene Vordruck nicht eben anwenderfreundlich ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß dem Formular zum besseren Verständnis eine achtseitige(!) Anleitung beigelegt ist. Und nicht einmal in diesen umfangreichen Erläuterungen sind alle Fragen geklärt, die das Formular EÜR für Selbständige in der Praxis aufwirft.

Angesichts der nicht enden wollenden Flut von immer neuen Steuergesetzen, Durchführungsbestimmungen und Vordrucken ist man geneigt, an der Zurechnungsfähigkeit der Beamten im Bundesfinanzministerium zu zweifeln, die sich diesen Unsinn ausdenken. Die Ausflüsse der überbordenden Steuerbürokratie treiben Bürger und Unternehmen nicht nur an den Rand des Wahnsinns, sondern verursachen auch enorme volkswirtschaftliche Kosten. Der Bund der Steuerzahler beziffert den finanziellen Aufwand, der allein bei den Steuerpflichtigen für die

ordnungsgemäße Erstellung der Steuererklärung anfällt, auf etwa 10 Milliarden Euro im Jahr. Und dieser Betrag dürfte eher konservativ geschätzt sein. Daß es auch anders geht, zeigen die positiven Beispiele vieler anderer Länder in Europa, die über einfache und durchschaubare Steuersysteme verfügen. Hier ist das Finanzamt – wenn es denn überhaupt in Erscheinung tritt – Partner von Bürgern und Unternehmen. In Deutschland dagegen wird es von den meisten Menschen als „Gegner“ wahrgenommen. Schuld daran sind nicht die Finanzbeamten, die z.T. den Steuerwirrwarr selbst nicht mehr durchblicken, sondern das Finanzministerium in Berlin und damit die Politik.

Der BIW meint: Das völlig verkorkste deutsche Steuersystem ist nicht mehr zu reparieren, sondern muß abgeschafft und völlig neu aufgebaut werden. Jede noch so gutgemeinte Änderung im heutigen Steuerrecht zieht für gewöhnlich zahlreiche Änderungen in anderen Paragraphen und Vorschriften des Regelwerkes nach sich, was dessen Komplexität noch vergrößert. Trotz einzelner Ungeheimheiten in Detailfragen weisen Konzepte wie das von Prof. Paul Kirchhof vorgelegte Einkommenssteuergesetzbuch (EStGB) oder die „Bierdeckelsteuer“ von Friedrich Merz den richtigen Weg zu einem neuen modernen Steuerrecht für Deutschland. Die Vorschläge zur Überwindung des deutschen Steuerchaos' liegen also auf dem Tisch. Es bleibt im Interesse der Bürger und des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu hoffen, daß darüber nicht wieder jahrzehntelang gestritten, sondern endlich gehandelt wird.

## **Aus der Rechtsprechung: Trunkenheit**

Jeder Autofahrer weiß: Ab spätestens 1,1 Promille im Blut zahlt keine Versicherung mehr für eventuell verursachte Schäden. Eine entsprechende Promilleregulierung gibt es auch für Fußgänger, urteilte jetzt ein Gericht.

Fußgänger riskieren bei übermäßigem Alkoholkonsum ihren Versicherungsschutz. Das

Oberlandesgericht Köln entschied, daß bei einer Blutalkoholkonzentration von 2,67 Promille auch bei einem Fußgänger eine alkoholbedingte Bewußtseinsstörung vorliege, die zum Ausschluß des Versicherungsschutzes führe.

Konkret ging es um den Fall eines Bergwanderers, der im Mai 2002 im sächsischen Elbsandsteingebirge im alkoholisierten Zustand auf einem Pfad ausrutschte, in die Tiefe stürzte und eine Querschnittslähmung erlitt. Vor dem Oberlandesgericht hatte er Prozeßkostenhilfe für eine Klage gegen ein Versicherungsunternehmen beantragt, um die Auszahlung einer Unfallversicherung in Höhe von 1,4 Mio. Euro wegen Vollinvalidität zu erzwingen. Doch das Oberlandesgericht wies seinen Antrag ab.

Der Anspruch auf Versicherungsleistungen sei ausgeschlossen, urteilten die Richter. Denn nach den maßgeblichen Unfallversicherungsbedingungen bestehe kein Versicherungsschutz für Unfälle durch Geistes-

oder Bewußtseinsstörungen, auch wenn sie – wie im vorliegenden Fall - auf Trunkenheit beruhen. Bei einer Blutalkoholkonzentration von 2,67 Promille sei ein Zustand der Bewußtseinsstörung unwiderlegbar anzunehmen, befand das Gericht.

Der für die absolute Verkehrsuntauglichkeit eines Fußgängers im Straßenverkehr allgemein anerkannte Wert von rund zwei Promille könne auch für die Benutzung eines nicht ungefährlichen Klettersteigs im Elbsandsteingebirge übernommen werden. Autofahrer gelten ab 1,1 Promille als nicht mehr „verkehrssicher“, Radfahrer ab rund 1,7 Promille.

## Kurz notiert

Eine große Mehrheit der Bundesbürger sieht sich durch die Europäische Union wirtschaftlich und sozial bedroht. 84% der Befragten gaben an, Angst vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in EU-Staaten mit niedrigeren Lohnkosten zu haben, die auch den eigenen Job gefährden könnten. 64% betrachten die Absenkungen von sozialen Standards und den Verlust von Sozialleistungen als ein wachsendes Problem, das nicht zuletzt der EU-Politik angelastet wird. Mehr als die Hälfte der Deutschen sieht im Falle einer weiteren Forcierung des europäischen Einigungsprozesses eine Wirtschaftskrise heraufziehen. 59% wollen in den nächsten Jahren keine neuen Staaten in die EU aufnehmen. Im Gegensatz dazu geht EU-Kommissionsvize Günter Verheugen davon aus, daß der EU in 20 Jahren alle europäischen Staaten sowie die kleinasiatische Türkei angehören werden.

+++

Die Kinderprostitution ist eine der wohl widerwärtigsten Begleiterscheinungen des internationalen Sextourismus'. UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, geht davon aus, daß weltweit zwischen 3 und 4,6 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren der Prostitution nachgehen. In der

Altersgruppe der Sechs- bis Vierzehnjährigen sind etwa 1 Million Kinder betroffen. Besonders verbreitet ist die Kinderprostitution auf den Philippinen und in Thailand. In vielen europäischen Ländern ermöglichen neue gesetzliche Regelungen eine Strafverfolgung von Sexualstraftätern auch dann, wenn der Kindesmißbrauch im Ausland stattgefunden hat. Seit Ende der 90er Jahre sind deshalb deutlich mehr Sextouristen verhaftet worden als zuvor.

+++

In der Türkei ist es trotz Verbots üblich, bei festlichen Ereignissen „Freudenschüsse“ aus scharfen Waffen abzugeben. Ob bei Hochzeiten oder nach wichtigen Fußballspielen – der Griff zu Pistole oder Gewehr ist den Türken bislang nicht auszutreiben gewesen. Auch Streitigkeiten enden nicht selten in blutigen Schießereien. Nach seriösen Schätzungen sind in der Türkei etwa sieben Millionen Schußwaffen im Umlauf. Jedes Jahr werden in dem kleinasiatischen Land rund 3000 Menschen erschossen. Davon fallen knapp 500 „Freudenschüssen“ zum Opfer.

+++

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat das Aufenthaltsrecht von Kindern türkischer Arbeitnehmer gestärkt.

Das 1963 zwischen der Türkei und der EWG geschlossene Assoziationsabkommen und die daraus abgeleitenden Beschlüsse des sog. Assoziationsrates stelle sie unter besonderen Schutz, heißt es einem kürzlich verkündeten Urteil zu einem Fall aus Deutschland. (Az: C-502/04) Auch nach Straftaten könnten diese türkischen Staatsbürger daher nicht ohne weiteres abgeschoben werden. Möglicher Nutznießer dieser Rechtsprechung des höchsten europäischen Gerichtes könnte u.a. der Serienstraftäter „Mehmet“ sein, der ebenfalls Kind türkischer Gastarbeiter ist.

+++

Mit mehr als 8 Millionen regelmäßigen Nutzern ist das Online-Auktionshaus ebay der unangefochtene Marktführer unter den virtuellen Versteigerungsplattformen in Deutschland. Ein weitaus weniger bekanntes, aber nicht minder interessantes Auktionsangebot im Internet hat der deutsche Zoll zu bieten: Unter [www.zoll-auktion.de](http://www.zoll-auktion.de) versteigert die dem Bundesfinanzministerium unterstellte Behörde laufend einen Großteil der durch den Zoll beschlagnahmten Waren und Gegenstände. Wir wünschen viel Spaß beim Mitbieten!

+++

## In eigener Sache

Im Rahmen unserer politischen Aktivitäten gegen einen EU-Beitritt der Türkei hat der BIW einen eigenen Aufkleber entworfen, der sich auch auf unserer Internetseite [www.buerger-in-wut.de](http://www.buerger-in-wut.de) findet (Menüleiste rechts oben). Diesen Aufkleber können Sie ab sofort bei unserer Bundesgeschäftsstelle in Berlin bestellen. 1-4 Aufkleber kosten 1,50 Euro pro Stück. Bei 5 oder mehr Aufklebern beträgt der Stückpreis nur 1,00 Euro, Porto und Versand inklusive.

Ebenfalls neu: Auf unserer Internetseite [www.tuerkei-beitritt-nein.de](http://www.tuerkei-beitritt-nein.de), die wir speziell für unsere Kampagne gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei eingerichtet haben, finden sich jetzt zusätzlich interessante Meldungen und Berichte aus der Presse rund um das Thema Türkei. Die Seite wird ständig aktualisiert. Schauen Sie doch einmal vorbei.

## Der gute Rat

Es gibt eine einfache und preiswerte Methode, angelaufenes Silberbesteck schnell blitzblank zu bekommen: Eine Schüssel oder das Spülbecken mit Alufolie auslegen, das Silber hineinlegen und warmes Wasser sowie 125 g Salz hinzugeben.

Das Bad wird zwar stark nach faulen Eiern riechen, doch das Resultat ist verblüffend. Mit dieser Methode läßt sich das Besteck nämlich sogar bis in die feinen Ritzen reinigen, die man mit einem Silbertuch nicht erreicht.

## Zu guter Letzt ...

Ein Deutscher, ein Schweizer und ein Holländer werden in Saudi-Arabien beim dort strengstens verbotenen Konsum von Alkohol erwischt. Der Sultan läßt sie vorführen, sieht sie sich an und sagt: 'Für den Konsum von Alkohol bekommt ihr eine Strafe von 50

Peitschenhieben! Aber da ihr Ausländer seid und von dem Verbot nichts wusstet, will ich gnädig sein. Ihr habt vor der Strafe noch einen Wunsch frei! Fang du an, Schweizer.' 'Ich wünsche mir, daß ihr mir ein Kissen auf den Rücken bindet, bevor ihr mich aus-

peitscht.' Der Wunsch wird ihm erfüllt, doch leider zerreißt das Kissen unter der Wucht der Peitschenhiebe bereits nach 25 Schlägen. Der Holländer, der das sieht, wünscht sich deshalb, daß man ihm zwei Kissen auf den Rücken binden möge. Gesagt, getan, doch leider reißen auch bei ihm die Kissen frühzeitig.

Nun wendet sich der Sultan an den Deutschen und sagt: 'Nun, Deutscher, da ich ein

großer Fußballfan bin und ihr so schön Fußball spielt, bin ich dir besonders gnädig! Du hast zwei Wünsche frei! Aber wähle gut.' Sagt der Deutsche: 'Ok, schon gewählt, als Erstes hätte ich gern 100 Peitschenhiebe statt nur 50!' Der Holländer und der Schweizer schauen sich entgeistert an. Der Sultan sagt: 'Ich verstehe es zwar nicht, aber es sei dir die doppelte Zahl an Hieben gewährt! Und dein zweiter Wunsch?' 'Bindet mir den Holländer auf den Rücken!'

+ + +

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Jan Timke, c/o Wählervereinigung Bürger in Wut, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin. Telefon 01805 – 72 44 55. Fax 030 - 53 21 48 92. E-Mail: [info@buenger-in-wut.de](mailto:info@buenger-in-wut.de). Nachdruck oder sonstige Reproduktion – auch auszugsweise – nur mit ausdrücklicher Genehmigung des BIW. Weitere Informationen im Internet unter [www.buenger-in-wut.de](http://www.buenger-in-wut.de).